

2 Meinungen

Leserbriefe

Sie sprechen mir aus dem Herzen

Zu «Tierschutz will Damhirsche weghaben», SN vom 15. 9.

Lieber Herr Burki, ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre klaren Aussagen zur Tierhaltung im Munotgraben. Sie sprechen mir aus dem Herzen! Dieser Lärm und Stress, denen die Tiere immer wieder ausgesetzt sind (Kinderfest, Feuerwerk, Munotkino, Munotbälle, Munotsilvester, Sportanlässe und so weiter), sind mit keinem Argument zu rechtfertigen. Schon gar nicht mit der Ansicht, die Tiere seien eine Attraktion für die Leute. Solche Aussagen werden der Tierwürde und dem Tierwohl in keiner Weise gerecht. Mich erschreckt, dass diese undifferenzierte Ansicht aus dem Mund eines Kantonstierarztes kommt. Ich wünsche mir, dass ich an einem Munotgraben vorbeigehen kann, wo keine Tiere mehr gefangen sind, bei denen ich innerlich um Verzeihung bitten muss, weil wir Menschen so eine Tierhaltung adäquat finden.

Silvia Lemp
Schaffhausen

Den Volkswillen umsetzen?

Die machen ja nur, was sie wollen – warum soll ich noch wählen gehen? Diese Aussage ist von enttäuschten Bürgern seit dem Verwässern der Abzocker-Initiative und seit Neustem wegen des «Nicht-Umsetzung-Gesetzes-Vorschlags» zur Masseneinwanderungs-Initiative immer öfter zu hören. Ich kann diese Abstinenzhaltung nicht nachvollziehen. Wer mit der Umsetzungspolitik nicht einverstanden ist, muss wählen und die Parteien, die die Umsetzung von Volksentscheiden verzögern, abstrafen. Wer nicht wählen geht, macht sich mitschuldig.

Alfredo Moretti
Neuhausen

Vor dem eigenen Haus gebüsst

Ist Ihnen das auch schon passiert? Sie kommen zu Ihrem Auto und finden einen Bussenzettel unter dem Scheibenwischer. Kein Weltuntergang, klar. Was aber, wenn das Auto auf der Strasse vor dem eigenen Haus parkiert ist? Und zwar dort, wo es schon seit 25 Jahren steht? Die Höhe der Busse ist auch nicht ohne: Sie beträgt satte 120 Franken.

Auf der Busse steht nur, dass sie von der Stadtpolizei Schaffhausen stammt und die Übertretung in der «Bussenliste unter Ziffer 213.1» vermerkt sei. Auf der Website der Stadtpolizei finden Sie diese Bussenliste nicht. Also die Polizei anrufen. Dort gibt der Mann, der die Busse ausgestellt hat, freundlich Auskunft: Ein Auto muss mindestens einen Abstand von fünf Metern zu einer Einmündung aufweisen, damit im Notfall ein Rettungsfahrzeug problemlos passieren kann. In unserem Fall dürfte der Abstand zur Einmündung etwa drei Meter betragen haben. Wir haben keinen Offroader, nur einen Winzling (Opel Karl, Breite 1,60 Meter, Länge 3,60 Meter). Wir fragen den freundlichen Polizisten, wie wir hätten herausfinden können, was uns angelastet wird. Nein, unter «Bussenliste», wie auf dem Zettel angegeben, sei auf der Website der Stadt nichts zu finden, sagt er. Das Stichwort heisse «Ordnungsbussen Schweiz». Aha – nun sind wir klüger. Und um 120 Franken

ärmer. Auf den Einwand, man hätte uns vielleicht mit einer Information unter dem Scheibenwischer zuerst auf den Umstand mit den fünf Metern aufmerksam machen können, bevor wir gebüsst werden, geht der Polizist nicht ein.

Und wir denken: Wenn im Sommer die Hausbesitzer die Büsche und Bäume schneiden sollen, weil diese in die Strasse hinauswachsen und die Kehrtafel behindern, wird das sogar in der Zeitung angeordnet. Dank dieses Leserbriefs ist unser Fall jetzt gleichwohl publik. Jetzt sind auch Sie informiert.

Thomas Meier
Schaffhausen

Stadt am Montag führungslos

Zu «Bernath bekommt das Baureferat», SN vom 15. 9.

Wollen tatsächlich alle fünf Stadtratsmitglieder in den Kantonsrat, oder sind einige lediglich Stimmfänger?, fragt sich ganz gehörig

Peter Dörig
Schaffhausen

Wessen Zukunft ist da gefährdet?

Zu «SVP prüft nach Kampagne der Juso Strafanzeige», SN vom 15. 9.

«Diese Partei gefährdet unsere Zukunft!»: So steht es an und über den Wahlplakaten der SVP und FDP. Eigentlich ist nicht ganz klar, was die Juso damit meint. Wessen Zukunft ist gefährdet? Diejenige des Publikums? Ist es gar die Zukunft der Parteien selber, die ja auch irgendwie zu uns gehören? Letzteres wäre nicht eine politische Unkorrektheit, sondern ein Akt der Freundschaft: Wenn eine Partei sich nämlich durch ihre Politik selber gefährden würde. Eine sprachliche Unschärfe mit weitreichenden Konsequenzen. Zum ersten Mal mitten im politischen Werbetrieb sagt eine Partei einer anderen, dass sie sich selber gefährdet. Wenn man das weiter denkt, kommt man zum Schluss, dass auch die Juso selber sich gefährdet, indem sie Plakätschen druckt, die andere davon abhalten sollen, sich zu gefährden. Natürlich bleibt sie der politischen Unkorrektheit verpflichtet und hat die AL ausgeblendet, die EDU und andere komische Parteien. Was nicht heisst, dass diese sich nicht auch gefährden, wenn sie so weiter machen: Werbung wie für Regierungräte, Bilder wie für Castingshows oder Texte wie für Haargel. Wahrscheinlich hat die Juso das eigentlich für alle Parteien so sagen wollen, und es sind ihr bloss die Plakate für sich selbst ausgegangen. Das wäre dann ein untauglicher Versuch zur politischen Korrektheit, was nicht strafbar ist.

Marcel Wenger
Schaffhausen

Unter der Rubrik «Leserbriefe» veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.

Korrigenda

«NUR ZWEI GEMEINDEN SUCHEN NOCH»
SN vom 14. 9.

Die Kandidatin für die Vertretung in der Hallauer Schulbehörde heisst Corina Trapletti.

«PROTEST AUSDRÜCKEN ...»
SN vom 15. 9.

Urs Tanner ist nicht Fraktionschef der AL, sondern der SP/Juso.



Die Bauarbeiten an der Gotthardpassstrasse A2 in der Schöllenenenschlucht zwischen Göschenen und Andermatt gehen zügig voran. Andersorts verzögert sich der Ausbau des Nationalstrassennetzes. Bild Key

Finanzierte Strassen sind noch lange nicht gebaut

In dieser Herbstsession wird unter anderem die Strassenfinanzierung, konkret der NAF (Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds), diskutiert. Um die sich abzeichnende Finanzierungslücke zu decken, sollen dem NAF die Erträge aus der Automobilsteuer zufließen. Zusätzlich werden neue Geldquellen angezapft. Der Benzinpreis wird um 4 Rappen pro Liter erhöht. Auf Elektrofahrzeuge wird eine neue Abgabe erhoben.

Mit dem NAF wird analog zum Bahninfrastrukturfonds eine dauerhafte Lösung für die Strassenfinanzierung geschaffen. Es sollen strukturelle Mängel in der Finanzierung der Strasseninfrastruktur behoben sowie die Finanzierung der Nationalstrassen und der Bundesbeiträge für Verkehrsprojekte in den Agglomerationen dauerhaft gesichert werden. Die strukturellen Mängel sind an sich unbestritten. Nur: Dies darf nicht zulasten der Automobilisten gehen, zumal der Strassenverkehr einen wesentlichen Beitrag für die schweizerische Volkswirtschaft leistet.

Mit der Installation eines unbefristeten Fonds (NAF) zur künftigen Finanzierung der Nationalstrassen und des Agglomerationsverkehrs auf Verfassungsebene wird eine Hauptforderung an die Neugestaltung der Verkehrsfinanzierung erfüllt. Ausserdem besteht mit dem Einbezug des Netzbeschlusses 2012 sowie dem Konzept für das Strategische Entwicklungsprogramm (Step) Nationalstrasse die Aussicht, dass der Planungs- und Investitionsstau bei der Engpassbeseitigung endlich behoben werden kann.

Es besteht die Gefahr einer Unterfinanzierung des NAF. Dadurch ist die gesamte Vorlage gefährdet. Zudem leiden wir Automobilistinnen und Automobilisten unter den Verzögerungen des Ausbaus beschlossener Strassenbauprojekte.

VON THOMAS HURTER

Die Entscheide des Nationalrats, den zweckgebundenen Anteil aus den Erträgen der Mineralölsteuer von heute 50 auf 60 Prozent zugunsten der Strassenfinanzierung zusätzlich abgesichert und verankert, ist zu begrüssen. Der Rest geht weiterhin in die allgemeine Bundeskasse. Damit soll die NAF-Finanzierung zusätzlich abgesichert und künftigen Diskussionen zur Kürzung der Zweckbindung vorgebeugt werden. Leider hat der Ständerat diese Woche diesen Anteil bereits wieder abgeschwächt, indem er maximal 60 Prozent will. In der Vergangenheit wurden strassenseitig einige Zugeständnisse

gemacht, um diese Vorlage erfolgreich durchzubringen. Anscheinend wurde dies im Ständerat vergessen. Damit steht die Gefahr einer Unterfinanzierung und damit einer Gefährdung der gesamten Vorlage im Raum. Es ist zu hoffen, dass der Nationalrat dies nächste Woche korrigieren wird.

Ein weiterer Stolperstein ist die Anpassung an die Teuerung. Die Kompetenz zur Überwälzung der Teuerung auf die Mineralölsteuern muss beim Bundesparlament verbleiben und darf nicht an den Bundesrat übertragen werden. Wie in allen steuerlichen Bereichen darf auch die Anpassung der Steuertarife des Strassenverkehrs nur in Form eines referendumsfähigen Beschlusses möglich sein. Es wird sich zeigen, ob der Nationalrat nächste Woche den Beschluss des Ständerates korrigieren wird.

Vor allem aber haben die laufenden Diskussionen im Parlament einen gewichtigen Punkt ausgeblendet: Strassen, deren Finanzierung durch den NAF gesichert sind, sind noch lange nicht gebaut. In Zukunft wird es vor allem darum gehen, dass die rechtlichen Bestimmungen dergestalt angepasst werden, dass beschlossene Strassenbauprojekte auch möglichst rasch realisiert werden. Denn für uns Automobilistinnen und Automobilisten ist primär nicht die Finanzierung das Problem – wir bezahlen mehr als genug! –, vielmehr leiden wir unter den Verzögerungen beim Ausbau – das gilt auch für uns Schaffhauser!

Thomas Hurter ist Schaffhauser Nationalrat (SVP)

Presseschau Jean-Claude Junckers Rede zur Lage der EU

Juncker appellierte an die Parlamentarier, kritisierte die Regierungschefs, die Bürger erreichte er nicht. Ihre Sorgen und Ängste sind ein Faktum. Sie sind

Junckers Rede war nicht mitreissend, sie war nicht schön, sie war nicht erhaben. Sie war das, was ihm möglich war. Doch gerade weil sie frei von bombastischem

Weshalb war Junckers Rede zur Lage der EU so schwach? Die einfachste Erklärung lautet: weil sie praktisch nur Banalitäten enthielt. Die EU müsse das

Die Presse

die Ursache für die Existenzkrise der EU. Diese Menschen irritieren eine ungelöste Flüchtlingskrise, die von Terrorismus beeinträchtigte Sicherheit und die Auswirkungen der Globalisierung. Sie haben ein tief sitzendes Gefühl, dass etwas schiefläuft. Juncker denkt eindimensional europäisch. Aber er erkennt nicht an, dass sich alle EU-Institutionen heute stärker denn je vor den Bürgern rechtfertigen müssen. (*Die Presse*)

DIE ZEIT

schem Getöse blieb, konnte man eine Botschaft deutlich hören: Die Zukunft Europas wird nicht in Brüssel entschieden, sondern in den Hauptstädten der europäischen Länder; nicht Juncker stellt die Weichen, sondern die Teilnehmer des bevorstehenden Gipfels in Bratislava. (*Die Zeit*)

RZECZPOSPOLITA

Flüchtlingsproblem bewältigen – stimmt. Und auch den Brexit – stimmt. Es gebe zu wenig solidarische Zusammenarbeit in der EU – stimmt. (...) Die EU ist kein blühendes Projekt, aber auch keine Ruine. Doch es ist zu wenig, wenn wir die Union als reine Überlebensformation betrachten. Wir haben keine Zukunftsvision – niemand formuliert unser zukünftiges Ziel. (*Rzeczpospolita*)